Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6310

24. 01. 90

Antrag

der Abgeordneten Erler, Büchner (Speyer), Diller, Gerster (Worms), Dr. Götte, Ibrügger, Koschnick, Dr. Kübler, Leonhart, Müller (Pleisweiler), Pauli, Dr. Pick, Reimann, Dr. Scheer, Scherrer, Sielaff, Terborg, Adler, Weiler, Bahr, Fuchs (Verl), Horn, Dr. Klejdzinski, Dr. Soell, Stobbe, Verheugen, Voigt (Frankfurt), Dr. von Bülow, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Unterrichtung von Öffentlichkeit und Parlament über die Planung und Vorbereitung des Abzugs amerikanischer C-Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Öffentlichkeit und Parlament unverzüglich und umfassend über die Planung und Vorbereitung des für 1990 vorgesehenen Abzugs amerikanischer C-Waffen zu unterrichten. Insbesondere soll die Bundesregierung darlegen,

— auf welche wissenschaftlichen Gutachten und Erkenntnisse sie sich bei der Versicherung stützt, die zum Teil mehr als 20 Jahre alten amerikanischen C-Waffen seien uneingeschränkt transportfähig;

— auf welche Erfahrungen und Gutachten sie sich stützt, wenn sie versichert, daß bei einem Landtransport dieser chemischen Waffen eine Gefährdung für Bevölkerung und Umwelt ausgeschlossen sei;

— welche Vorkehrungen im einzelnen und vor Ort getroffen werden sollen, um eine Gefährdung von Bevölkerung und Umwelt durch die umfangreichen C-Waffen-Transporte tatsächlich auf ein Minimum zu reduzieren.

Bonn, den 24. Januar 1990

Erler
Büchner (Speyer)
Diller
Gerster (Worms)
Dr. Götte
Ibrügger
Koschnick
Dr. Kübler
Leonhart
Müller (Pleisweiler)
Pauli
Dr. Pick
Reimann
Dr. Scheer
Scherrer
Sielaff
Terborg
Adler
Weiler
Bahr
Fuchs (Verl)
Horn
Dr. Klejdzinski
Dr. Soell
Stobbe
Verheugen
Voigt (Frankfurt)
Dr. von Bülow
Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Trotz zahlreicher nachdrücklicher Fragen aus der Bevölkerung, von besorgten Wissenschaftlern und von Abgeordneten aus den Landesparlamenten und aus dem Deutschen Bundestag hat die Bundesregierung bisher völlig unzureichende Angaben zum geplanten Abzug amerikanischer C-Waffen-Bestände aus der Bundesrepublik Deutschland und den damit verbundenen Sicherheitsfragen gemacht.

Besonders auffallend ist die Diskrepanz zwischen den großen Anstrengungen und Aufwendungen, mit denen die amerikanische Regierung eine öffentliche Diskussion und Vertrauensbildung zu diesem Abrüstungsproblem organisiert, und dem mangelnden Vertrauen der Bundesregierung in die eigene Bevölkerung und Öffentlichkeit, die sie durch Geheimhaltung an jeder Mitwirkung bei den Sicherheitsfragen hindert.

Die Bundesregierung kann das notwendige Vertrauen der Bevölkerung nur durch umfassende Informationen und Transparenz ihrer Vorbereitungen und Planungen gewinnen.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333